AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK 04.10.2019 | Volker Perthes

Gefährliche Spieler

Die Konfrontation zwischen den USA und Iran droht komplett aus dem Ruder zu laufen. Ist noch Raum für europäische Diplomatie?

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

Der asymmetrische Konflikt im Persischen Golf zwischen den USA und dem Iran droht außer Kontrolle zu geraten. Sofern sich die übrige Welt nicht einmischt, könnte das gefährliche Spiel, das beide Länder spielen, in eine direkte Konfrontation münden.

Man kann argumentieren, dass die Spirale des Konflikts im Mai 2018 in Gang gesetzt wurde, als die USA ihren Rücktritt von dem 2015 mit dem Iran geschlossenen Nuklearabkommen erklärten und erneut Sanktionen gegen das Land verhängten. Seitdem haben die USA diese Sanktionen im Rahmen einer Strategie „maximalen Drucks“ mehrmals verschärft. Die Wirtschaftstransaktionen des Iran mit der übrigen Welt wurden infolge dieser Strategie drastisch reduziert, seine Öleinnahmen ausgehöhlt, eine Währungsabwertung ausgelöst und das Land in die Rezession getrieben.

Weil der Iran nicht imstande ist, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, musste er sich etwas einfallen lassen. Zunächst einmal hat er Amerikas europäische Verbündete – darunter Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich sowie die Europäische Union als Ganze – unter Druck gesetzt. Teheran argumentierte, die Europäer müssten eingreifen, um dem Iran die im Rahmen des Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans (JCPOA) (so der offizielle Name der Vereinbarung aus dem Jahre 2015) versprochenen Vorteile zu sichern.

Der Iran hat es bisher geschafft, die asymmetrische Machtverteilung in einen taktischen Vorteil zu verwandeln.

Zugleich hat Teheran mehrere Verpflichtungen, die das Land im Rahmen des JCPOA eingegangen war, nicht mehr komplett eingehalten. So wurden die vereinbarten Grenzwerte für die nukleare Anreicherung überschritten und die Erforschung moderner Zentrifugen wieder aufgenommen. Die Regierung von US-Präsident Donald Trump

scheint außerstande, die Gefahr zu erkennen, die diese Schritte bedeuten. Die EU allerdings ist sich dieser Gefahr bewusst.

Zudem verfolgt der Iran im Persischen Golf und auf der arabischen Halbinsel eine asymmetrische Kriegsführung. In den letzten Monaten hat er mehrere ausländische Öltanker beschlagnahmt. Er hat zudem über der Straße von Hormus – einem wichtigen Seeweg für Öllieferungen – eine Überwachungsdrohne des US-Militärs abgeschossen. Er scheint für eine Reihe von Sabotage-Akten auf Schiffen in dem Gebiet verantwortlich zu sein. Die Angriffe der vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen auf saudische Ölanlagen wurden ebenfalls Teheran zugeschrieben. Ob sich dem Iran diese Episoden direkt oder indirekt zuschreiben lassen, ist dabei weitgehend irrelevant. Wichtig ist, dass sie mit der Erklärung des iranischen Präsidenten Hassan Rouhani aus dem Jahre 2018 im Einklang stehen - wenn man den Iran am Verkauf von Öl hindere, werde „aus dem Persischen Golf kein Öl [mehr] exportiert".

Der Iran hat es bisher geschafft, die asymmetrische Machtverteilung in einen taktischen Vorteil zu verwandeln. Zwar sind die USA militärisch überlegen. Doch Trump will die USA nicht in einen neuerlichen Krieg im Nahen Osten führen, insbesondere nicht in einen, der ihn zwingen würde, dort Zehntausende von US-Soldaten zu stationieren.

Darüber hinaus haben die US-Sanktionen dem Iran zwar schweren Schaden zugefügt, aber es besteht kaum Raum für weitergehende Maßnahmen. Indem sie diesen derart starken Trumpf ausgespielt hat, hat die Trump-Regierung diesen möglicherweise endgültig verbraucht, sich damit um ihren eigenen Einfluss gebracht und dem Iran einen wichtigen Anreiz zur Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem JCPOA genommen. Die USA haben die in dem Abkommen enthaltene Drohung einer Wiederaufnahme der Sanktionen neutralisiert und damit das Risiko von Verstößen durch den Iran erhöht. Die Wahrscheinlichkeit einer Entwicklung von Nuklearwaffen ist gestiegen.

Drittparteien wie Saudi-Arabien und Israel könnten eigene asymmetrische Angriffe einleiten. Auch die USA selbst könnten sich einer asymmetrischen Kriegsführung zuwenden.

Trotzdem ist die Position des Iran nicht besonders stark. Genau wie die USA ihr Sanktionspotenzial erschöpft haben, hat der Iran mit seiner asymmetrischen Taktik möglicherweise Amerikas Geduld erschöpft. Trump hat unmittelbar nach dem Angriff auf die saudischen Ölanlagen eine Militäraktion angedeutet. Ein weiterer derartiger Angriff ungeklärten Ursprungs – oder gar etwas Größeres, das zu amerikanischen Verwundeten

oder Toten führt –, könnte ein Schritt zu weit sein. Wenn die USA und der Iran alle ihre Karten im laufenden Spiel ausgespielt haben, dürfte ein noch gefährlicheres Spiel beginnen.

Das muss nicht zwangsläufig eine offene bewegliche Kriegsführung bedeuten. Doch könnten Drittparteien wie Saudi-Arabien und Israel ihre eigenen asymmetrischen Angriffe einleiten. Auch die USA selbst könnten sich einer asymmetrischen Kriegsführung zuwenden. Alle diese Akteure haben dieses Spiel bereits in der Vergangenheit gespielt, wenn auch nicht im großen Maßstab. Da sich der Gefahr einer fortgesetzten asymmetrischen Eskalation bewusst sind, haben die europäischen Unterzeichnerstaaten des JCPOA sowie regionale Akteure wie die Vereinigten Arabischen Emirate Schritte zur Entschärfung des Konflikts vorgeschlagen. Hierzu gehören in erster Linie direkte Gespräche zwischen dem Iran und den USA. Die Europäer scheinen darauf hinzuarbeiten, derartige Gespräche zu erleichtern.

Dabei wäre Europa gut beraten, den Hype über ein Treffen zwischen den Präsidenten der beiden Länder unbeachtet zu lassen. Treffen zwischen anderen hochrangigen Regierungsvertretern würden ausreichen und könnten in unterschiedlichen bilateralen oder multilateralen Zusammenhängen erfolgen. Die verbleibenden Unterzeichnerstaaten des JCPOA – China, Frankreich, Deutschland, Russland, das Vereinigte Königreich und die EU – wollen retten, was vom Abkommen des Jahres 2015 noch zu retten ist; ein Treffen in Wien im Juli zu diesem Thema hat dies gezeigt.

Doch wird die diplomatische Beilegung der Spannungen zwischen dem Iran und den USA auch die Beteiligung der Nachbarn des Iran erfordern. Es liegen noch andere Ideen zur Entschärfung der Situation auf dem Tisch. So hat der französische Staatspräsident Emmanuel Macron vorgeschlagen, dem Iran eine Kreditlinie in Höhe von 15 Milliarden Dollar einzuräumen. Dies würde dem Land helfen, die sanktionsbedingten Mindereinnahmen aus dem Ölgeschäft auszugleichen. Zudem liegen verschiedene Vorschläge für einen Austausch zur regionalen Sicherheit auf dem Tisch. Diese Bemühungen bieten einen gewissen Anlass zur Hoffnung. Doch die Lage ist zunehmend fragil, und sie könnte sich deutlich verschlechtern – und potenziell zu einer direkten Konfrontation zwischen den USA und dem Iran führen –, bevor die Diplomatie sie verbessern kann.

Aus dem Englischen von Jan Doolan.

(c) Project Syndicate



Volker Perthes

Volker Perthes ist Politikwissenschaftler und Politikberater. Er war Vorsitzender und Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Von Januar 2021 bis September 2023 wirkte er als Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs und Leiter der UN-Mission UNITAMS im Sudan.